



**Alternative**  
für  
**Deutschland**

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Arbeitskreis Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
der AfD-Bundestagsfraktion

# Familienpolitische Leitlinien



# INHALT

Gesamtpolitischer Rahmen einer wirksamen und aktivierenden Familienpolitik	<b>3</b>
Die traditionelle Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit	<b>5</b>
Familienpolitische Irrwege: Zuwanderung, Gender-Mainstreaming, Frühsexualisierung	<b>7</b>
Bürgerschaftliches Engagement	<b>9</b>
Jugend und Senioren als ein Teil der Familien	<b>10</b>
Institutioneller Rang und einzigartiger Wert der Ehe	<b>11</b>
Frauen als Mütter	<b>12</b>
Willkommenskultur für Kinder	<b>13</b>
Die Familie als wirtschaftliche Einheit	<b>15</b>
Die Mitglieder des Arbeitskreises Familie, Senioren, Frauen und Jugend	<b>17</b>

Liebe Leser und Leserinnen!

Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen einen Einblick in unsere familienpolitische Arbeit im Deutschen Bundestag geben.

Das Bekenntnis zur traditionellen Familie und zu ihrem Schutz gehört zu den Kernpunkten des Grundsatzprogramms der Alternative für Deutschland. Der Arbeitskreis Familie, Senioren, Frauen und Jugend der AfD-Bundestagsfraktion widmet sich der parlamentarischen Umsetzung dieser zentralen programmatischen Forderung. Familienförderung und Bevölkerungsentwicklung, Willkommenskultur für Kinder, Stärkung von Ehe und Familie, Schutz des ungeborenen Lebens, Politik für Senioren und die konsequente Positionierung gegen die Gender-Ideologie – dies sind die wichtigsten Schwerpunkte der Arbeit unseres Arbeitskreises, zu denen wir seit unserem Einzug in den Deutschen Bundestag kontinuierlich parlamentarische Initiativen und Anfragen eingebracht haben.

Gerade der Bevölkerungspolitik kommt eine besondere Bedeutung zu, denn Deutschland ist nicht vom Klimawandel bedroht, sondern von der demographischen Katastrophe. Die demographische Entwicklung bedroht unser Renten-, Gesundheits- und Sozialsystem. Kinder sind im reichen Deutschland zum Luxusgut geworden. Mehr als 25 Prozent aller Kinder in Deutschland leben in Armut. Besonders betroffen sind Kinder aus kinderreichen Familien. Kinderreichtum wird in Deutschland immer öfter mit Armut bestraft. Es ist notwendig, dass wir in Deutschland Kinder wieder als das ansehen und verstehen, was sie sind: Unser aller Zukunft, um deren gedeihliches Heranwachsen wir uns kümmern müssen.

Deutschland braucht einen Paradigmenwechsel hin zu einer nationalen Bevölkerungspolitik! Familienpolitik sollte deshalb der Maßstab für alle Politikfelder sein – insbesondere für die Sozial-, die Steuer- und die Bildungspolitik. Dafür streiten wir mit unseren Anträgen und Gesetzentwürfen im Deutschen Bundestag.

Gleichberechtigung ist nicht Gleichstellung. Oft werden aber seitens der etablierten Parteien und Medien beide Wörter gleichbedeutend verwendet, was die Einsetzung von »Gleichstellungsbeauftragten« rechtfertigen soll – ein erprobtes Mittel zur Durchsetzung linker Ideologie in vielen Politikbereichen. Wir können und sollten uns derlei überflüssige Institutionen nicht mehr länger leisten. Stattdessen brauchen wir Familien- und Seniorenbeauftragte, die sich der eigentlich schutzbedürftigen Teilgruppen unserer Gesellschaft annehmen und sich für deren Rechte stark machen!

Die Krise infolge der Corona-Pandemie hat ein weiteres Mal das Versagen der Bundesregierung auf wichtigen politischen Handlungsfeldern gezeigt: Während für alles Mögliche finanzielle Mittel vorhanden sind, werden Familien, Alleinerziehende und Kinder an das Ende der Kette staatlicher Unterstützung gestellt. Die AfD-Bundestagsfraktion hat bereits zu Beginn der Krise Anträge zur finanziellen Absicherung der Familien vorgelegt und auch die Unterstützung von Familien und Senioren durch den Bundesfreiwilligendienst gefordert.

Unseren Senioren, die ihre Leistungen für unser Vaterland erbracht haben, sind wir zu großem Dank verpflichtet. Senioren leisten aber auch weiterhin einen großen Beitrag für unsere Gesellschaft, denn sie sind die größte Gruppe, die sich ehrenamtlich engagiert. Im Sinne einer Anerkennung dieser Leistung haben wir die Einführung einer bundesweit gültigen Ehrenamtskarte beantragt. Weiterhin treten wir für den Ausbau der Förderung von Mehrgenerationenhäusern ein.

Familien waren, sind und bleiben systemrelevant. Sie sind die vom Grundgesetz besonders privilegierte Basis unserer Gesellschaft. Sie umfassend zu fördern und zu unterstützen, ist Verpflichtung und Auftrag zugleich und muss wieder zu den vorrangigen Aufgaben von Parlament und Regierung gehören.

Lassen Sie uns über diese für unser Land so wichtigen Themen sprechen. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Fragen!

Ihre Abgeordneten

*Martin Reichardt*

**Martin Reichardt**

Sprecher des Arbeitskreises Familie, Senioren, Frauen und Jugend der AfD-Bundestagsfraktion

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages

*M. Harder-Kühnel*

**Mariana Harder-Kühnel**

Stellvertretende Sprecherin des Arbeitskreises Familie, Senioren, Frauen und Jugend der AfD-Bundestagsfraktion

Familienpolitische Obfrau und stellvertretende familienpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion

# GESAMTPOLITISCHER RAHMEN EINER WIRKSAMEN UND AKTIVIERENDEN FAMILIENPOLITIK

Eine aktivierende Familienpolitik dient dem grundgesetzlich gebotenen Erhalt des deutschen Volkes als Souverän der Bundesrepublik Deutschland. Sie kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie aus anderen Politikfeldern flankierend unterstützt wird. Jedes Sozialversicherungssystem basiert auf einer leistungsfähigen Gesellschaft in der Gegenwart und in der Zukunft. Der bestehende So-

zialstaat ist eine Errungenschaft der Generationen vor uns. Nachfolgende Generationen müssen in der Lage sein, in mindestens ebensolchem Maße Werte zu schaffen wie die jetzige Generation. Familien und ihre Kinder sind die existentielle Voraussetzung für die sozialstaatliche Ordnung in Deutschland. Hier gilt es, einen Traditions- und Kulturabbruch zu verhindern.

## Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:

Kindergeld für im Ausland lebende Kinder indexieren – Anpassung des Kindergeldes für nicht in Deutschland lebende Kinder von EU-Bürgern an die Lebenshaltungskosten am Wohnort des Kindes

Bundestagsdrucksache 19/2999; 27.06.2018

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/029/1902999.pdf>



Unsere familienpolitischen Forderungen sind eingebunden in ein Konzept politischer Alternativen zur aktuellen deutschen Regierungspolitik und berühren dabei folgende Politikfelder:

### Politikfeld **Inneres**

- Konsequente Rückführung irregulärer Migranten
- Schutz der Grenzen

### Politikfeld **Recht**

- Staatsbürgerschaftsrecht: Rückkehr zum Rechtszustand vor der Bundesregierung Schröder (1998 – 2002)
- Beibehaltung der Wartefrist für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft
- Weiterhin keine Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft an Transferhilfeempfänger

### Politikfeld **Bildung**

- Klassische Wertevermittlung als Schwerpunkt schulischer Bildung
- Betonung des Sports
- Stärkere Berücksichtigung des Themas Familie im Lehrplan
- Wiedereinführung des dreigliedrigen Schulsystems

### Politikfeld **Soziales**

- Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber
- Bezugsende von Sozialleistungen für nicht erwerbstätige Ausländer nach einem Jahr

### Politikfeld **Haushalt und Finanzen**

- Indexierung der Kindergeldzahlungen ins Ausland
- Stärkung des Lastenausgleichs zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen



# DIE TRADITIONELLE FAMILIE ALS WERTESTIFTENDE BASIS DES GEMEINWESENS

Die traditionelle Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft. Nur aus ihr heraus erwachsen die kommenden Generationen. In der Pflege und Erziehung von Kindern dienen die Familien dem Gemeinwesen. Hierfür gebührt ihnen der Dank und die Anerkennung der Gemeinschaft. Der Staat ist aufgerufen, in der einheimischen Bevölkerung für Kinderreichtum zu werben und wirkungsstarke ökonomische Anreize dafür zu setzen. Wertestiftend für die Gesellschaft und kulturhaltend für die Nation kann nur die traditionelle Familie sein. In ihr sind Mutter und Vater in dauernder Verantwortung für die gemeinsamen Kinder verbunden. Im Mittel-

punkt dieser Sorggemeinschaft stehen die originären Bedürfnisse der Kinder. Das bewährte bürgerliche Ideal, eine Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und ihnen Zeit und Zuwendung zu schenken, beansprucht gerade in der demographischen Krise des deutschen Volkes Gültigkeit und Aktualität. Die Vorstellung von Kinderrechten im Grundgesetz steht im Widerspruch zum grundgesetzlich normierten Recht der elterlichen Sorge und zur natürlichen Verbundenheit der Kinder zu ihren Eltern. Getrenntlebende Eltern (»Alleinerziehende«) betrachten wir als zu fördernde Familien. Sie dürfen nicht benachteiligt werden.

## Unsere familienpolitischen Forderungen:

- Stärkung des Lastenausgleiches zwischen Familien und Kinderlosen
- Aufforderung an die Bundesregierung, das traditionelle Familienbild herauszustellen und dafür zu werben
- Unterstützung des Antrags der AfD-Bundestagsfraktion zur Abschaffung der sogenannten »Ehe für alle«
- Ausreichung von Ehekrediten
- Umbenennung des »Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend« in »Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung«
- Ablehnung von Kinderrechten im Grundgesetz, Betonung des Rechts der elterlichen Sorge
- Belohnung von Haus- und Familienarbeit, insbesondere durch die Anrechnungsfreistellung der Mütterrente bei der Grundsicherung
- Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut

### Unsere zu diesen Themen gestellte Kleine Anfrage und die Antwort der Bundesregierung:

Finanzielle Auswirkungen der Einführung eines Familiensplittings

Bundestagsdrucksache 19/5650; 09.11.2018

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/056/1905650.pdf>





# FAMILIENPOLITISCHE IRRWEGE: ZUWANDERUNG, GENDER-MAINSTREAMING, FRÜHSEXUALISIERUNG

## Zuwanderung

Zuwanderung ist als Mittel zur Beendigung der demographischen Krise ungeeignet. Einwanderung erfolgt ganz überwiegend in die falschen Altersgruppen. Auch führt der einwanderungsbedingte Männerüberhang zu einer Deformierung der natürlichen Bevölkerungsstruktur. Weiterhin gelingt es Deutschland erkennbar nicht, qualifizierte, integrationswillige Einwanderer zu gewinnen. Die Einwanderung erfolgt zum weit überwiegenden Teil in die Sozialsysteme. Geboten ist vielmehr allein eine aktivierende, geburtenfördernde Bevölkerungspolitik. Ziel dieser Politik muss es sein, die Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung mittelfristig signifikant zu erhöhen.

## Gender-Mainstreaming

Die natürlich gegebenen und daher gesellschaftlich anerkannten Unterschiede zwischen Mann und Frau als geschlechtsspezifische Unterschiede haben Bestand. Ihre ideologische Bekämpfung im Rahmen des Gender-Mainstreaming lehnen wir ebenso

ab wie die Umdeutung von sexuellen Vorlieben in eigene Geschlechter. Geschlechter sind das männliche und das weibliche Geschlecht. Darüber hinaus gibt es eine kleine Gruppe von Menschen, die von Geburt an keinem Geschlecht zuzuordnen sind. Eine staatliche Beeinflussung der Geschlechter auf dem Feld der Berufswahl weisen wir als staatliche Umerziehung zurück.

## Frühsexualisierung

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert, keine Frühsexualisierung in Krippen, Kindergärten und an den Schulen zuzulassen und die Verunsicherung der Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität einzustellen. Die Frühsexualisierung geht weit über eine angemessene Erklärung natürlicher Unterschiede zwischen Mann und Frau hinaus und thematisiert explizit sexuelle Vorlieben. Dies wird an Kinder und Jugendliche in einem Alter herangetragen, in welchem sich junge Menschen solche Fragen noch gar nicht selbst stellen.

## Unsere familienpolitischen Forderungen:

- Beendigung der Lehre und Forschung unter der Überschrift »Gender-Mainstreaming« an den Universitäten – kein Geld für Gender-Mainstreaming-Lehrstühle, Gender-Mainstreaming-Institute und Gender-Mainstreaming-Programme an unseren Hochschulen
- Primat des Rechts der elterlichen Sorge gegen jede Form staatlicher Einmischung in die Erziehung
- Altersgemäße Unterrichtung über geschlechtsspezifische Unterschiede, über die Bedeutung der Weitergabe des Lebens und über den Wert der Liebe
- Keine Geschlechter- oder Frauenquoten: Stellenbesetzungen nach Neigung und Leistung
- Einrichtung von öffentlichen Stellen für Familienbeauftragte und entsprechende Umwidmung der vorhandenen Stellen für Frauenbeauftragte
- Kampf gegen den Kindesmissbrauch mit allen dem Staat zur Verfügung stehenden Mitteln (Strafrahmen, Verfolgungsdruck)
- Erhaltung und Achtung der Begriffe Vater und Mutter – gegen ideologische Konstrukte wie »Elternteil 1«, »Elternteil 2«, »Mit-Mutter« und dergleichen

### Unsere zu diesen Themen gestellte kleine Anfrage und die Antwort der Bundesregierung:

Förderung der Publikation »Aktivitäten gegen den ›Gender-Wahn‹« durch das Bundesprogramm »Demokratie leben!«

Bundestagsdrucksache 19/2926; 21.06.2018

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/029/1902926.pdf>





Bildquelle: stock.adobe.com / © Gerhard Seybert

## BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Wir unterstützen ausdrücklich alle Formen eines für die Gesellschaft förderlichen Engagements der Bürger. Hierzu zählen unter anderem die Arbeit in Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Vereinen, in der Jugendpflege sowie die Unterstützung von Familien, Kindern und Senioren. Die gezielte Ideologisierung der Gesellschaft durch staatliche Einflussnahme auf das

bürgerschaftliche Engagement unter dem Schlagwort »Zivilgesellschaft«, wie zum Beispiel durch das Bundesprogramm »Demokratie leben!«, lehnen wir dagegen ab. Wir wehren uns insbesondere gegen die wachsende politische Einflussnahme auf Vereine, Feuerwehren, Hilfsorganisationen und andere Institutionen bürger-schaftlicher Beteiligung.

### Unsere familienpolitischen Forderungen:

- Einführung einer bundesweiten Ehrenamtskarte
- Allgemeine Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit stärken
- Kürzung oder Streichung des Bundesprogrammes »Demokratie leben!«
- Wiedereinführung der Extremismusklausel (Demokratieklausel)

## JUGEND UND SENIOREN ALS EIN TEIL DER FAMILIEN

Die Jugend und die Senioren sind Teil unserer Familien, die mehr sind als die bloße Summe der jeweiligen Familienangehörigen. Die Förderung von einzelnen Familienmitgliedern führt nicht zwangsläufig zu einer Förderung

der gesamten Familie. Wird hingegen die Familie als Ganzes gefördert, kommt dies auch jedem Familienmitglied zugute.

### Unsere familienpolitischen Forderungen:

- Sportvereine und den Schulsport als institutionelle Träger einer gesunden Entwicklung der Jugend fördern
- Suchtprävention hat im Bereich der Jugendarbeit Priorität.
- Keine subtile Werbung für ein ungesundes Essverhalten in Medienprodukten, zum Beispiel in Kinderfilmen
- Förderung häuslicher, familiennaher Pflege von Senioren
- Ausbau der Förderung von Mehrgenerationenhäusern
- Förderung regionaler Strukturen zum Wohl der Familien
- Maßnahmen und Bestrebungen gegen Einsamkeit und das Auseinanderfallen von Familien



Bildquelle: stock.adobe.com / © IdeaBug, Inc.

# INSTITUTIONELLER RANG UND EINZIGARTIGER WERT DER EHE

Die Sorgegemeinschaft der Familie findet sich institutionalisiert in den gesetzlichen Regeln und sittlichen Normen der bürgerlichen Ehe. Folgt der Begriff der Mutterschaft der Biologie, »Mutter eines Kindes ist die Frau, die es geboren hat.« (§ 1591 BGB), so ist Vater eines Kindes der Mann, der zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter des Kindes verheiratet ist (§ 1592 BGB). Die Ehe als Einehe und Verbindung aus Mann und Frau ist mithin der Schutzraum, in dem Kinder gedeihen sollen. Allein ein Mann und eine Frau können Kindern auf natürlichem Wege das Leben schenken. Mit der Ehe hält das Recht des bürgerlichen Staates ein Institut bereit, das jenes Maß an Dauerhaftigkeit,

Verbindlichkeit und Sicherheit gewährleisten soll, das für die Erziehung von Kindern erforderlich ist. Daher ist es gerechtfertigt, die Ehe anderen Rechtsinstituten gegenüber zu bevorzugen. Diese Privilegierung gründet sich auf dem erhöhten Maß an Verpflichtungen, die das ehelich verbundene Paar als eine auf die gemeinsamen Kinder bezogene Sorgegemeinschaft eingetht. Die Ehe bleibt in diesem Sinne der Verbindung eines Mannes mit einer Frau vorbehalten. Andere Formen gesetzlich geregelter Lebensgemeinschaften haben deutlichen Regelungsabstand zur Ehe zu wahren, damit deren natürliche Einzigartigkeit nicht relativiert wird.



Bildquelle: stock.adobe.com / © Maria Sbytova



Bildquelle: stock.adobe.com / © Alena Ozerova

## FRAUEN ALS MÜTTER

Nur eine Frau kann Mutter sein. Die Frau, die ein Kind gebiert, ist Mutter – sie ist deshalb Mutter dieses Kindes, weil sie es geboren hat. Alle Verwischungen, Überzeichnungen und Relativierungen des aktuell gültigen, der Natur folgenden Mutterbegriffes nach § 1591 BGB weisen wir zurück. Kinder sind kein karrierehemmender Ballast, sondern unsere Zukunft. Vollzeitmütter haben daher Anspruch auf die volle Anerkennung und Würdigung seitens der Gesellschaft und ihrer Rechtsordnung. Jener Feminismus, der die Erwerbstätigkeit der Frau absolut setzt, ist ein falsch verstandener Feminismus.

Der gesellschaftliche, finanzielle sowie arbeitsmarktliche Druck zur umfassenden Berufstätigkeit beider Elternteile bewirkt enorme soziale, erzieherische und eheliche Belastungen und Probleme in den Familien. Die Anerkennung von Vollzeitmüttern verlangt tatsächliche Wahlfreiheit. In den ersten Lebensjahren ist auch das Bedürfnis der Kinder nach familiennaher Betreuung durch Eltern und/oder Großeltern besonders zu berücksichtigen. Grundsätzlich ist es wünschenswert, dass Kinder soweit wie möglich von ihren Eltern erzogen werden.

# WILLKOMMENSKULTUR FÜR KINDER

Die demographische Katastrophe und auch die allgemeine Anerkennung des Lebensrechts gebieten eine Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene. Heute werden bei ungefähr 700.000 lebendgeborenen Kindern jährlich etwa 100.000 Kinder abgetrieben. Lediglich drei bis vier Prozent der Abtötungen der Leibesfrucht erfolgen aufgrund einer medizinischen oder kriminologischen Indikation. Dieser Kultur des Todes ist eine Kultur des Lebens und der Zuversicht entgegenzusetzen. Die Schwangerenkonfliktberatung hat, wie gesetzlich gefordert, dem Lebensschutz zu dienen. Der Begriff der sozialen Indikation ist angesichts eines leistungsstarken deutschen Sozialstaats generell auf den Prüfstand zu stellen. Vor und nach der Entbindung sind finanzielle Anrei-

ze und Hilfen jeglicher Art zu gewähren. Ein Menschenrecht auf Abtreibung gibt es nicht. Ein finanzieller Anreiz zur Fortführung der Schwangerschaft kann in einem Schwangerengeld bestehen. Auch ist unter dem Eindruck massenweiser Abtreibungen das Rechtsinstitut der Adoption durch rechtliche Vereinfachungen und Entbürokratisierung zu einem wirksamen Instrument der Willkommenskultur für Kinder auszubauen. Die Abtreibung, mithin das Töten ungeborenen Lebens, das vom Strafgesetzgeber tatbestandsmäßig nach wie vor mit einem Unwerturteil belegt ist, darf gesellschaftlich nicht bagatellisiert werden. Der Staat darf die Abtreibung nicht fördern. Die Abschaffung des Werbeverbots für den Schwangerschaftsabbruch lehnen wir ab.

## Unsere familienpolitischen Forderungen

- Neuausrichtung der Schwangerenkonfliktberatung unter den Vorzeichen des Lebens und des Lebensschutzes
- Einführung einer staatlich geförderten Schwangerschaftsberatung und Schwangerschaftsbegleitung mit Beratungsstellen, die bezogen auf die jeweilige Lebens- und Berufssituation der Schwangeren beraten und dabei alle Informationen über staatliche Unterstützungsmaßnahmen und Leistungen der Krankenversicherung vermitteln.
- Stärkung der Adoption als lebensschützendes Rechtsinstitut
- Beibehaltung des Verbots der Werbung für Abtreibung
- Stärkung des bewährten deutschen Hebammenwesens (gegen eine Akademisierung) und der Infrastruktur in der Geburtshilfe (Kreißsäle)
- Pränataltests als Alternative zur Fruchtwasserpunktion zum Schutz des Kindes in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen aufnehmen



## DIE FAMILIE ALS WIRTSCHAFTLICHE EINHEIT

Die Familie muss zur Bekämpfung der demographischen Katastrophe ihren existenzsichernden Status als wirtschaftliche Einheit zurückgewinnen. Familienpolitik muss in Generationen gedacht werden. Familien muss es möglich sein, Vermögen zu bilden, zum Beispiel in Form von Wohneigentum, denn Letzteres trägt besonders zur Alterssicherung bei. Auch Bürger mit einem mittleren oder kleinen Einkommen sollen in der Lage sein, für eine große Familie sorgen zu können, ohne dabei ein Armutsrisiko einzugehen. Ebenso sollte das durchschnittliche Gehalt eines Alleinverdieners wieder für die Versorgung einer Mehrkinderfamilie ausreichen. Der Staat schafft so die Rahmenbedingungen für die gedeihliche Eigenverantwortung von Familien. Instrumente hierfür sind die Stärkung des Lastenausgleiches zwischen Familien und Kinderlosen, das Familiensplitting und auch die Einführung eines ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Produkte und Dienstleistungen des Kinderbedarfs.

Auch in sozialrechtlicher Hinsicht ist die materielle Anerkennung der Leistung von Eltern durch Geburt, Versorgung und Erziehung von Kindern sicherzustellen. Hierzu sind die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts endlich für alle Zweige der Sozialversicherung – Rente, Pflege und Krankheit – gesetzgeberisch umzusetzen. Der regenerative Beitrag, den Eltern durch die Erziehung von Kindern und die damit verbundene Hinnahme einer Schmälerung der eigenen Vermögensbildung leisten, ist die unverzichtbare Voraussetzung für generationenübergreifend stabile und finanzierbare soziale Sicherungssysteme. Eltern von heute sorgen für die Beitragszahler von morgen. Bei der Beitragsbemessung von Versicherten bei Erziehungsleistungen ist eine direkte Entlastung der Familien einer Schlechterstellung der Kinderlosen vorzuziehen. Die häusliche, durch die in der Familie getragene Pflege verdient als Familienarbeit gesellschaftliche und sozialpolitische Anerkennung und Absicherung.



## Unsere familienpolitischen Forderungen:

- Gestaffelte Absenkung der Grunderwerbssteuer in Abhängigkeit von der Anzahl der Kinder für selbstgenutztes Wohnungseigentum am Hauptwohnsitz
- Belohnung von Haus- und Familienarbeit, insbesondere durch die Anrechnungsfreistellung der Mütterrente bei der Grundsicherung
- Mehr Netto vom Brutto! Steuererleichterungen für Familien, Familiensplitting, ermäßigter Umsatzsteuersatz für Produkte und Dienstleistungen des Kinderbedarfs, Reduzierung des Steueranteils der Stromkosten für alle Bundesbürger
- Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut
- Stärkung des traditionellen Generationenverbundes: Großeltern finanziell unterstützen, die ihre Enkel betreuen
- Stärkung der steuerlichen Begünstigungen für Familien

### Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:

Sieben Prozent Mehrwertsteuer auf Artikel und Dienstleistungen des  
Kinderbedarfs – Steuern senken, Familien stärken

Bundestagsdrucksache 19/8560; 20.03.2019

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/085/1908560.pdf>



## DIE MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION



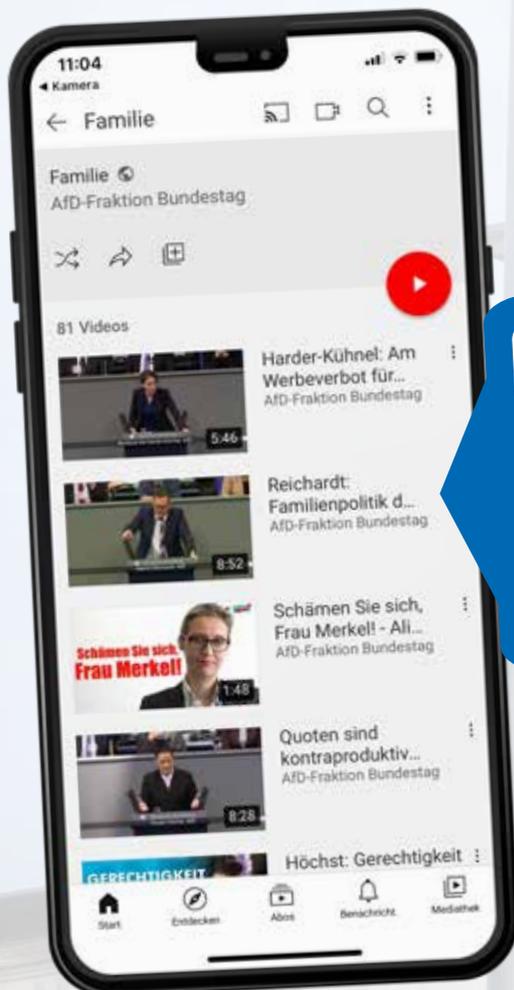
### Martin Reichardt MdB

- Sprecher des Arbeitskreises Familie, Senioren, Frauen und Jugend der AfD-Bundestagsfraktion
- Familienpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement



### Mariana Harder-Kühnel MdB

- Stellvertretende Sprecherin des Arbeitskreises Familie, Senioren, Frauen und Jugend der AfD-Bundestagsfraktion
- Frauenpolitische Sprecherin im Arbeitskreis
- Familienpolitische Obfrau und stellvertretende familienpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion
- Stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement und in der Kinderkommission



Hier finden Sie ausgesuchte Reden unserer Mitglieder im Arbeitskreis Familie, Senioren, Frauen und Jugend

# FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND STAGSFRAKTION



Thomas **Ehrhorn** MdB

- Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied für Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellvertretendes Mitglied für Ausschuss für Kultur und Medien



Johannes **Huber** MdB

- Obmann im Petitionsausschuss
- Jugend- und kinderpolitischer Sprecher im Arbeitskreis
- Vorsitzender der Kinderkommission
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement



Frank **Pasemann** MdB

- Seniorenpolitischer Sprecher im Arbeitskreis
- Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Tourismus
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales



Nicole **Höchst** MdB

- Mitglied und Obfrau im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Mitglied und Obfrau der Enquete-Kommission Berufliche Bildung
- Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- Mitglied und Vorsitzende Projektgruppe 5 der Enquete Berufliche Bildung
- Mitglied Projektgruppe 1 der Enquete Berufliche Bildung
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Stellvertretendes Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung



## Folgen Sie uns

 [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)

 [fb.com/AfDimBundestag](https://www.facebook.com/AfDimBundestag)

 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

 [youtube.com/  
AfDFraktionimBundestag](https://www.youtube.com/AfDFraktionimBundestag)

Herausgeber:  
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag  
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:  
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Arbeitskreis Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 57141  
Telefax: 030 227 56349  
E-Mail: [buerger@afdbundestag.de](mailto:buerger@afdbundestag.de)

Herstellung und Redaktion:  
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Smartphone – Adobe Stock / ©  
inueng; Seitenhintergründe: stock.adobe.com / © prettyboy80

Stand: Oktober 2020

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der  
Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im  
Wahlkampf verwendet werden.